

Die Umerziehung einer Arbeitergeneration

Autor(en): **Schindler, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161350>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Umerziehung einer Arbeitergeneration

HANS SCHINDLER

Am 19. Juli 1937 wurde erstmals ein Vertrag zwischen dem Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller und den Gewerkschaften der Metallarbeiter abgeschlossen. Im Hinblick auf das fünfundschwanzigjährige Jubiläum dieses denkwürdigen Ereignisses freuen wir uns, von kompetenter Seite einen Rückblick auf den seither eingehaltenen Arbeitsfrieden veröffentlichen zu können.

Die Redaktion

Es ist hier von der Arbeitergeneration der Maschinenindustrie die Rede, die von der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre bis etwa Ende der fünfziger Jahre aktiv tätig war.

Die Lage am Ende des 1. Weltkrieges war etwa die folgende: Die Metallarbeiter standen in der Vorhut der revolutionären Truppe. Sie wurden durch die sozialistische Tagespresse jeden Tag marxistisch indoktriniert. Die gewerkschaftliche Wochenzeitung wirkte im gleichen Sinn.

Die Metallarbeiter waren im Vergleich zur sonstigen Bevölkerung materiell benachteiligt. Nach dem 1. Weltkrieg trat bald eine Krise ein, durch die manche Arbeiter arbeitslos wurden. Das trug zum Ressentiment gegen alle anderen Bevölkerungskreise bei.

Die Metallarbeiter waren in einer politischen Bewegung zu Hause, die die Zukunft für sich zu haben schien und die sichtbar dem bürgerlichen Staat Stück um Stück der Verwaltung und der Regierungstätigkeit zu entreißen drohte.

Aber bei alledem waren die gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter mehrheitlich Arbeiter mit Berufsbildung, gelernte Arbeiter mit Berufsstolz, im Beruf befriedigte Leute.

Als die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre ausbrach, lag die Zukunft der Metallarbeiter auf des Messers Schneide: es hätte sich ebensogut eine scharf marxistisch geführte Gruppe (wie in Frankreich) wie eine zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern bereite Gruppe entwickeln können.

Meine eigenen Erinnerungen vom Verkehr mit der Arbeiterkommission sagen, daß die Arbeiter durch die Wucht der Krise in ihrem marxistischen Weltbild erschüttert wurden. Von Hause aus mißtrauisch veranlagt, wurden sie auch gegen die Prediger des Klassenkampfes mißtrauisch. Der Unterneh-

mer war sichtbar der Krise gegenüber fast machtlos. Er war also offenbar doch nicht nur ein Ausbeuter. Daß der Unternehmer aber trotzdem weiterkämpfte, für sein Unternehmen und für seine Belegschaft, das wurde von den Arbeitern anerkannt. Das Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft entstand, langsam, vorerst unbemerkt.

Die einzelnen Ereignisse, die in dieser Zeit zum Friedensvertrag in der Maschinenindustrie führten, waren die folgenden:

Die außenpolitischen Einflüsse der 2. Hälfte der dreißiger Jahre. Unser Land stand in jenen Jahren unter dem Druck der aggressiven Hitler-Regierung, die nacheinander die Gewerkschaften entmachtete, Deutschland auferüstete, die Rheinlande besetzte, Österreich annektierte und die Tschechoslowakei zum Satelliten gemacht hatte. Im Westen unseres Landes hatte der Front populaire die politische Macht erobert und Frankreich in einen Zustand der Unordnung und Schwäche gestürzt. Im Süden führte Mussolini eine kriegerische Sprache. Mussolini und Hitler schlossen den Stahlpakt miteinander ab.

Diese wirren und gefährlichen Ereignisse hatten eine ernüchternde Wirkung auf die Schweizer. Die Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre hatte eine schwere Arbeitslosigkeit über unser Land gebracht. Die Polemik der Parteien wurde heftiger, aber gleichzeitig verloren die großen Worte an Gewicht. Die Bevölkerung glaubte der Propaganda nicht mehr ganz. Die harten wirtschaftlichen Bedingungen und die außerpolitische Bedrohung zusammen führten die Schweizer näher an die Wirklichkeit heran. Die vorgefaßten Meinungen und die alten Vorstellungen begannen sich zu lockern oder sich aufzulösen.

Die innenpolitischen Einflüsse, die damals, also 1937, vorherrschend waren, können wie folgt umschrieben werden:

Der Schweizerfranken war 1936 abgewertet worden. Unsere Bundesregierung hatte die Tendenz, Lohnstreitigkeiten aus eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden. Damit hätte die Gewerkschaft eines ihrer fundamentalsten Rechte verloren, nämlich das Recht, mit den Unternehmern für bessere Löhne oder gegen die Verschlechterung von Löhnen zu kämpfen.

Glücklicherweise fand der damalige Führer der Gewerkschaft, Konrad Ilg, im damaligen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes, Ernst Dübi, einen verhandlungsbereiten Partner. Obschon unsere Landesregierung damals nur aus Bürgerlichen bestand, unterstützte unser Präsident die Gewerkschaft in ihrem Bestreben, staatliche Eingriffe in die Entscheidungsbefugnisse privater Organisationen abzuwehren. Das war der erste gemeinsame und erfolgreiche Schritt unserer beiden Organisationen. Der zweite folgte unmittelbar nachher. Der Führer der Gewerkschaft wollte mehr als nur die Abwehr staatlicher Einmischung: er wollte die Einmischung unnötig machen durch ein besseres Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband. Auch darin fand er in unserem Präsidenten einen verständigen Partner. Das Resultat war der sogenannte Friedensvertrag vom Sommer 1937.

Auf Arbeiterseite fand die Einführung des Friedensvertrages teilweise heftige Opposition. Es wurde von Verrat an der Arbeiterklasse geschrien. Die Opposition drang aber nicht durch.

Der Friedensvertrag

Der Friedensvertrag ist *kein* Tarifvertrag. Es werden darin keine Löhne festgelegt. Er ist ein Vertrag, der bezweckt, Streitigkeiten zwischen Arbeiterschaft und Gewerkschaft einerseits, Unternehmer und Unternehmerverband andererseits zu vermeiden.

Im Vertrag verpflichteten sich der Arbeitgeberverband einerseits, die Gewerkschaften andererseits, «wichtige Meinungsverschiedenheiten und allfällige Streitigkeiten nach Treu und Glauben gegenseitig abzuklären, nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung zu erledigen zu suchen und für ihre ganze Dauer unbedingt den Frieden zu wahren. Infolgedessen gilt jegliche Kampfmaßnahme, wie Sperre, Streik oder Aussperrung, als ausgeschlossen. . . ».

«Meinungsverschiedenheiten und allfällige Streitigkeiten sind in erster Linie im Betriebe selbst zu behandeln und zu lösen zu suchen.»

Die Lohnfragen als die wichtigsten wurden nicht generell geregelt, sondern der Regelung in den Betrieben überlassen. Die Verantwortung für das wichtigste Thema des Gesprächs zwischen Arbeiter und Unternehmer blieb also in den Händen der Direktbeteiligten. Das war ein entscheidender Punkt für das Gelingen des Abkommens. Die zwei anderen entscheidenden Punkte waren:

die Anerkennung der Arbeiterkommissionen in den Betrieben und der Gewerkschaften im Verband als gleichberechtigte Verhandlungspartner;

die Bereitschaft und Fähigkeit der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder, die wirtschaftlichen Realitäten unvoreingenommen zu sehen und sich entsprechend zu verhalten.

Es war eine seltene Konstellation glücklicher Umstände.

Das Schlichtungsverfahren und das Schiedsverfahren, die im Vertrag vorgesehen sind, wurden fast nie gebraucht. Wohl aber hatte der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeitenverband gelegentlich kommunistische Gruppen aus seiner Organisation auszuschließen. Feind Nummer 1 des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes sind die Kommunisten und die Fellow travellers, die unter der Flagge des Linkssozialismus segeln.

Ich rief die Ereignisse in Erinnerung, die zum Abschluß des Friedensvertrages von 1937 führten. An sich wären sie nicht hinreichend gewesen, den Friedensvertrag zu schaffen. Mitentscheidend war, daß Arbeiterschaft und Unternehmerschaft noch Gemeinsamkeiten hatten: den gleichen Dialekt, das gleiche Vaterland, die gleiche Armee, das gleiche politische System.

Die Trennung der Klassen war noch nicht so weit gediehen wie in Deutschland, wo die großen Unternehmer den großen Demagogen Hitler als Retter vor dem Marxismus pfl egten, oder wie in Frankreich, wo extreme politische Bewegungen große Bevölkerungsteile zu Staatsverächtern und Staatsfeinden machten. Unser Land war zu klein für den Typ Sozialreformer, wie sie in den dreißiger Jahren kanadische Provinzen und Kalifornien heimsuchten.

Propheten, Fanatiker und Scharlatane waren vorhanden; aber sie fanden kein genügendes Echo. Das angeborene Mißtrauen der Schweizer bewährte sich. Weder die sogenannten Erneuerungsbewegungen der frühen dreißiger Jahre, noch der Schock der deutschen Siege vom Sommer 1940 vermochten jene politischen Outsider für längere Zeit ins Rampenlicht, geschweige denn zur Macht zu bringen.

Ich weiß wohl, daß bis in die dreißiger Jahre hinein auch bei uns die Demokratie von links her verhöhnt wurde, der Antimilitarismus gepredigt und die Diktatur der Russen verherrlicht wurde und daß so etwas wie eine Gottlosenbewegung aufgezogen wurde. Wesentlich ist, daß diese und ähnliche Bewegungen die Bevölkerung noch nicht voll erfaßt hatten. Sie bedeuteten Möglichkeiten neben anderen Möglichkeiten, aber noch keine Zwangslagen.

Die Umerziehung der Arbeiter

Was hat nun Konrad Ilg aus seinen Arbeitern in der Ära des Friedensvertrages, also von 1937 an, gemacht? In einem Satz gesagt: Er hat aus unzufriedenen und revolutionär sein wollenden Arbeitern eine selbständige und realistisch denkende Bevölkerungsgruppe gemacht.

Sofort nach dem Abschluß des Friedensvertrages begann Ilg die Umerziehung seiner Gewerkschafter von Klassenkämpfern zu loyalen Mitarbeitern im Betrieb.

Worin bestand die Umerziehung der Gewerkschaften?

Die beiden Hauptsorgen des durchschnittlichen Arbeiters waren damals (und blieben es bis in die späten vierziger Jahre hinein):

die Auffassung, daß der Unternehmer nichts anderes im Sinne habe, als den Arbeiter zu drücken und unten zu halten;

die Angst, daß der Unternehmer grundsätzlich und praktisch den Arbeiter selbst um den vereinbarten Lohn betrügen will.

Die Lockerung dieser Überzeugungen und Ängste brauchte selbstverständlich viele Jahre. Sie erfolgte durch sachliche Aufklärung in wirtschaftlichen Dingen, in Kursen, Vorträgen und im Gespräch von Mann zu Mann mit Vertrauensleuten. Weitere Mittel waren der Kampf gegen Querulanten und Brunnenvergifter, und schließlich wirkte der erfolgreiche Kampf um verbesserte Löhne und Arbeitsbedingungen ebenfalls lockernd.

In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, also nach etwa zehnjähriger Dauer des Vertrages, ging Ilg daran, seine Mitglieder zu bewußter Förderung der Produktivität aufzufordern. Das Streben nach größerer Produktivität, das natürlich immer in der Konkurrenzwirtschaft gepflegt wurde, erhielt jetzt seinen Segen ausgerechnet von der Seite, die früher jede organisatorische oder technische Verbesserung im Betrieb als Mittel zur weiteren Versklavung der Lohnarbeiter bezeichnet hatte.

Als Konrad Ilg im Jahre 1954 im 77. Altersjahre starb, hatte er die große Mehrheit seiner über 100 000 (heute 135 000) Mitglieder vom Dogma des Klassenkampfes befreit. Ilg hat in seinem Leben eine tiefgreifende Gesinnungsänderung durchgemacht. Bis zum 60. Altersjahr war er ein Klassenkämpfer großen Formates gewesen, scharf und hart. Der Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaften unter den Nazis beeindruckte Ilg sehr. Er zog daraus die Folgerung, daß für seine Gewerkschaft die Fortsetzung des Klassenkampfes keine Lösung, sicher aber eine Schwächung der Schweiz bedeutet hätte. Er suchte die Partnerschaft mit den Arbeitgebern und fand sie in der Tat. Als wirklicher Führer konnte er seine Gefolgschaft mit sich reißen. Die von seinem Verband herausgegebene Wochenzeitung ist seit 1937 frei von jedem Marxismus.

Ilg hat auch ein Kader herangebildet, das seine Gesinnung voll und ganz übernahm. Sein Nachfolger, Arthur Steiner, war eine bedeutende politische Persönlichkeit. Nach nur vier Jahren Tätigkeit an der Spitze der Gewerkschaft starb er. Auch dessen Nachfolger, Ernst Wüthrich, arbeitet in der Richtung der Zusammenarbeit mit den Unternehmern.

In der Politik sind das Schüren der Unzufriedenheit und des Neides und das Propagieren von extremen Forderungen normale Mittel. Ilg war eine der seltenen Persönlichkeiten, die auch ohne Anwendung dieser Mittel Erfolg hatten. Es gelang ihm, durch gewerkschaftliche Detailarbeit über Funktionäre und Vertrauensleute die breite Mitgliedschaft zu überzeugen, daß die Zeit des sturen Klassenkampfes vorbei sei und daß durch vernünftiges Reden und Handeln mehr aus dem Arbeitgeber herausgeholt werden könne als durch Streiken. Neid, Haß und Unzufriedenheit fehlten in der Bearbeitung der Mitglieder, ja sogar übersetzte Forderungen im Verkehr mit dem Unternehmer. Die effektiv gestellten Forderungen waren wohl aufs Markten eingestellt, aber nicht so, daß sie das Doppelte oder Dreifache des Erstrebten betrogen.

Das Ziel Ilgs war primär die Verbesserung der Lebenshaltung seiner Gewerkschafter. Das war das dringlichste, aber keineswegs das einzige Ziel. Ebenso wichtig war ihm, die Gewerkschafter zu verantwortlichen Gliedern unseres Staates zu erziehen. Er und seine Gewerkschaft wuchsen dabei in die Mitverantwortung für den Staat und seine Institutionen hinein. Daß der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband und der von ihm stark beeinflusste Gewerkschaftsbund heute ein wichtiger Faktor im Staat und in der

Gesetzgebung sind, brauche ich nicht weiter zu betonen. Sie sind es nicht nur kraft ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern weil es sich bei den drei Präsidenten Ilg, Steiner und Wüthrich und ihren engsten Mitarbeitern um Leute handelte und handelt, auf die man sich verlassen kann. Sie nehmen ihre Verpflichtungen ernst. Treu und Glauben sind für sie eine reale Sache, von der man selten spricht, die man aber bei allen Verhandlungen im Auge behält.

Seit zwanzig Jahren nehme ich jährlich ein- bis dreimal an den Verhandlungen mit dem Präsidenten des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes und einem runden Dutzend von Sekretären teil. Es hat — wie in unserer Verhandlungsdelegation — witzige und langweilige, knappe und mühselige Sprecher, aber ich habe nie einen Mann gefunden, der es nicht ehrlich gemeint hätte. Die führenden Männer des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes sind Menschen mit einem erstaunlichen Maß von innerer Anständigkeit.

Die Umstellung der Arbeitgeber

Der Friedensvertrag verlangte auch *von den Unternehmern eine Umstellung* von der bisherigen Bekämpfung der Gewerkschaft zu ihrer Anerkennung. Manche in den Erfahrungen der Vergangenheit wurzelnden Bedenken waren zu überwinden.

Die Abwertung des Schweizerfrankens und die außenpolitische Bedrohung der Schweiz hatten es mit sich gebracht, daß Unternehmerverband und Gewerkschaft plötzlich vor dieselben Aufgaben gestellt wurden. Es ist das bleibende Verdienst Ernst Dübis, daß er den entscheidenden Moment erfaßte, wo der Anfang zu dauernder Zusammenarbeit zwischen Verband und Gewerkschaft gelegt werden konnte. Es war ein Akt großen Mutes, den Vorschlag Konrad Ilgs in so kurzer Zeit zum eigenen zu machen und ihn im Verband durchzusetzen.

Das vorherrschende Gefühl beim Abschluß des Friedensvertrages war bei den Arbeitgebern Erleichterung, vermischt mit Skepsis. Skepsis deshalb, weil zunächst noch ungewiß erscheinen mußte, ob die Kehrtwendung der Gewerkschaftsführung — es war eine eigentliche Kehrtwendung — sich bei der bisher in der andern Richtung erzogenen Mitgliedschaft durchsetzen und auf die Dauer Bestand haben werde. Skepsis auch darüber, ob die Gewerkschaftsführung sich in der Folge stets überwinden könne, im Interessenkampf der Einsicht in die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu folgen, ihr den Vorrang vor propagandistisch dankbarer Aktion einzuräumen.

Wir haben uns auch unter dem Friedensabkommen nach wie vor mit Forderungen auseinanderzusetzen gehabt: Löhne, Teuerungsausgleich, Ferien, Arbeitszeit und vieles andere. Aber die Auseinandersetzungen, selbst wenn sie gelegentlich hart waren, wickelten sich in einer andern Atmosphäre ab als

früher, vor allem ohne Kampfmaßnahmen, ohne jede Verunglimpfung des Verhandlungsgenners weder direkt noch in der Öffentlichkeit.

Die praktischen Auswirkungen

Ich will an einem praktischen Beispiel zeigen, wie sich der Friedensvertrag in den letzten sechs Jahren ausgewirkt hat.

Im Jahre 1956 verlangte die Gewerkschaft die Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden im Laufe von vier Jahren, also jedes Jahr eine Stunde pro Woche weniger. Nach langen und zeitweise stürmischen Verhandlungen einigten wir uns auf je 1 Stunde Verkürzung der Arbeitszeit in den Jahren 1957 und 1958, jeweils mit vollem Lohnausgleich. Später einigten wir uns auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich ab 1960 und in einer dritten Verhandlungsrunde kam eine Einigung zustande, mit einer vorläufig letzten Verkürzung um eine Stunde und Einführung der 44-Stundenwoche ab 1963.

Jede der Verkürzungen schloß die Verpflichtung der Gewerkschaften in sich, während zwölf Monaten von der Einführung der verkürzten Arbeitszeit an keine generellen Lohnforderungen zu stellen oder in den Betrieben stellen zu lassen, es sei denn, daß der Lebenskostenindex wesentlich anstiege. Die Gewerkschaften respektierten ihre Verpflichtung; andererseits hatten wir im Jahre 1958 einen zusätzlichen Teuerungsausgleich von 2,8% zu gewähren und jetzt einen solchen von 3,5%.

Die Hochkonjunktur sorgte dafür, daß die Löhne auch ohne gewerkschaftlichen Druck in die Höhe gingen. Die Durchschnittsverdienste nahmen folgende Entwicklung

| | | |
|------|-----------------|-----------|
| 1950 | 2,72 Fr./Stunde | Index 160 |
| 1957 | 3,49 Fr./Stunde | |
| 1961 | 4,20 Fr./Stunde | Index 189 |

was in 11 Jahren einer nominellen Lohnerhöhung von 54% und einer Reallohnerhöhung von 30% entspricht.

In den 4 Jahren seit 1957 wurden außerdem die Ferien vom 1. bis 10. Dienstjahr verlängert, die Beiträge der Arbeitgeber an die Krankengeldversicherung der Arbeiter prozentual und absolut erhöht, und schließlich wurden die Entschädigungen an Arbeiter, die Militärdienst leisten, jenen der Angestellten gleichgestellt.

Soweit die Leistungen der Arbeitgeber. Die Gewerkschaften verzichteten ihrerseits vertragsgemäß seit 1957 auf generelle Lohnforderungen und machten der Anwerbung von Fremdarbeitern keine Opposition. Wenn man bedenkt daß wir in der Schweiz auf rund 2,5 Millionen Arbeitende mehr als eine halbe

Million Fremdarbeiter haben, wobei in vielen Betrieben der Maschinenindustrie die Fremdarbeiter 30 bis 50% der Arbeiterschaft ausmachen, so erkennt man die Bedeutung der wohlwollenden Haltung der Gewerkschaften für die Industrie.

Schließlich, und das ist die Hauptsache, blieben wir von Streiks und Streikdrohungen völlig verschont.

Die Beurteilung der Umerziehung

Trotzdem der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband weitaus die größte Gewerkschaft der Maschinenindustrie ist, hat er keineswegs eine Monopolstellung. Alle Gewerkschaften zusammen werden wohl im Durchschnitt der Maschinenindustrie 55% der totalen Belegschaft bei sich organisiert haben.

Die zweitgrößte Gewerkschaft in der Maschinenindustrie ist die christliche Metallarbeitergewerkschaft. Kleinere Gewerkschaften mit mehr lokaler Bedeutung sind der Schweiz. Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter und der Landesverband freier Schweizer Arbeiter. Alle diese Gewerkschaften sind Partner im Friedensvertrag.

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gibt es einen starken linken Flügel, der immer noch am Marxismus hängt. Die Führer des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes stehen in scharfer Opposition zu diesem Flügel. Sie sind entschieden antikommunistisch eingestellt. Sie treten für loyale Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft ein und verlangen nur dort staatliche Interventionen, wo die Privatwirtschaft Krisenerscheinungen nicht selbst überwinden kann. Diesen Zustand verdanken wir weitgehend der Erziehungsarbeit Konrad Ilgs und seiner Nachfolger und der umsichtigen Haltung der Arbeitgeber der Maschinen- und Metallindustrie.

Wir dürfen uns darüber freuen, daß wir eine loyale, nichtmarxistische Gewerkschaft haben. Nicht umsonst beneiden uns unsere Nachbarn um diesen Zustand.